

Dienstag, 12. Januar 2021  
011/2021

Die Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel und die Städte Braunschweig und Wolfsburg wollen gemeinsames Gewerbegebiet prüfen:

## **Machbarkeitsstudie soll Bewertungsgrundlage für interkommunales Gewerbegebiet schaffen**

---

Der Wirtschaftsausschuss befasst sich in seiner Sitzung am Dienstag, 19. Januar mit den Plänen für ein gemeinsames Gewerbegebiet der Städte Braunschweig und Wolfsburg sowie der Landkreise Helmstedt und Wolfenbüttel an der A2/A39 nahe des Autobahnkreuzes Wolfsburg-Königsutter. Die Verwaltung schlägt vor, zunächst eine Machbarkeitsstudie zu beauftragen, auf deren Basis anschließend die Potenziale und Realisierungsmöglichkeiten mit allen Beteiligten bewertet werden sollen. Die Oberbürgermeister von Wolfsburg und Braunschweig, die Landrätin von Wolfenbüttel und der Landrat von Helmstedt hatten Ende November in einer gemeinsamen Pressemitteilung über das Vorhaben informiert.

„Braunschweig macht sich schon lange für interkommunale Lösungen zur Bewältigung der Gewerbeflächenknappheit stark. Attraktive Gewerbe- und Industrieflächen bieten Raum für die Ansiedlung oder Erweiterung von Unternehmen und damit für den Erhalt vorhandener und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für unsere Region“, betont Oberbürgermeister Ulrich Markurth. Das ins Auge gefasste Gebiet ist auch Teil des beschlossenen Konzepts regionalbedeutsamer Gewerbestandorte (KOREG) des Regionalverbands Großraum Braunschweig.

## **P R E S S E I N F O R M A T I O N**

Referat Kommunikation  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

E-Mail  
[kommunikation@braunschweig.de](mailto:kommunikation@braunschweig.de)

Telefon  
(05 31) 470 - 22 17  
(05 31) 470 - 37 73  
(05 31) 470 - 27 57  
Telefax  
(05 31) 470 - 29 94

Internet  
[braunschweig.de](http://braunschweig.de)  
Soziale Medien  
 [facebook.com/stadtbraunschweig](https://facebook.com/stadtbraunschweig)  
 [twitter.com/Stadt\\_BS](https://twitter.com/Stadt_BS)  
 [instagram.com/braunschweig.de](https://instagram.com/braunschweig.de)



Der Kreistag in Helmstedt hat sich bereits für die Beauftragung der Machbarkeitsstudie ausgesprochen. Die Studie soll alle Belange des Vorhabens beleuchten. „Mit einer Machbarkeitsstudie schaffen wir eine sachlich fundierte Bewertungsgrundlage für alle Beteiligten“, so Wirtschaftsdezernent Gerold Leppa. „Auf Basis einer Machbarkeitsstudie inklusive fachlicher Gutachten können Politik, Verwaltungen, Wirtschafts- und Umweltverbände sowie Anwohnerinnen und Anwohner die Umsetzungsmöglichkeiten einschätzen.“

Die Kosten für die Machbarkeitsstudie wollen die vier Kommunen zu gleichen Teilen tragen. Für die Stadt Braunschweig ergäbe sich damit ein Anteil in Höhe von bis zu 50.000 Euro.

## P R E S S E I N F O R M A T I O N

Referat Kommunikation  
Platz der Deutschen Einheit 1  
38100 Braunschweig

E-Mail  
[kommunikation@braunschweig.de](mailto:kommunikation@braunschweig.de)

Telefon  
(05 31) 470 - 22 17  
(05 31) 470 - 37 73  
(05 31) 470 - 27 57  
Telefax  
(05 31) 470 - 29 94

Internet  
[braunschweig.de](http://braunschweig.de)  
Soziale Medien  
 [facebook.com/stadtbraunschweig](https://facebook.com/stadtbraunschweig)  
 [twitter.com/Stadt\\_BS](https://twitter.com/Stadt_BS)  
 [instagram.com/braunschweig.de](https://instagram.com/braunschweig.de)

